



DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

II-1534 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Wien, am 25. Mai 1984

*650 IAB*

Zahl 10.101/35-I/1b-84

*1984-05-28*

Schriftliche parlamentarische  
Anfrage Nr. 640/J der Abgeord-  
neten BERGMANN, LANDGRAF und  
Genossen betreffend Fremdenver-  
kehrskonzept

*zu 640 IJ*

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Anton B E N Y A

PARLAMENT

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage  
Nr. 640/J betreffend Fremdenverkehrskonzept, welche die Abge-  
ordneten BERGMANN, LANDGRAF und Genossen am 29. März 1984 an  
mich richteten, beehre ich mich wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu den Ausführungen in der Einleitung der Anfrage, "daß es son-  
derbar erscheine, wenn Staatssekretär Dr. SCHMIDT und der Ge-  
schäftsführer der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung Dr. ZOLLES  
ihre Erkenntnisse in Fremdenverkehrsfragen nicht dem ressortzu-  
ständigen Minister, sondern dem Vorsitzenden der SPÖ für partei-  
politische Zwecke zur Verfügung stellen", fühle ich mich ver-  
pflichtet, eine grundsätzliche Aussage abzugeben: Es muß jedem  
österreichischen Staatsbürger freigestellt bleiben, seine Kennt-  
nisse und sein Wissen einer Gesinnungsgemeinschaft, wie z.B. ei-  
ner im Parlament vertretenen politischen Partei zur Verfügung zu  
stellen. Die Befassung von Experten zur Erarbeitung von Zielsetzun-  
gen der politischen Parteien, auch zu den verschiedenen Wahlen ist  
seit den Sechzigerjahren eine Selbstverständlichkeit geworden.

- 2 -

Zu den einzelnen Punkten der o.a. Anfrage darf ich folgendes mitteilen:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

Ja.

Zu Punkt 2 der Anfrage:

Nach Fertigstellung und Präsentation am Freitag, dem 16. März, wurde mir am 19. März der Entwurf für ein Tourismuskonzept der Sozialistischen Partei Österreichs überreicht.

Zu Punkt 3 der Anfrage:

Bis jetzt kenne ich nur den Entwurf für ein "Tourismuskonzept der SPÖ". Darüberhinaus ist mir bekannt, daß auch andere politische Parteien derzeit Überlegungen zur Fremdenverkehrspolitik anstellen.

Wenngleich dieser Entwurf auch Gedanken enthält, welche mir durchaus prüfenswert erscheinen, wird abzuwarten sein, ob Delegierte beim kommenden Österreichischen Fremdenverkehrstag 1984 im Rahmen der Ausschußarbeit ähnliche Überlegungen und Vorstellungen zur Diskussion bringen und inwieweit diese sodann in die Schlußfassungen des Fremdenverkehrstages Eingang finden werden. Ich werde mich jedenfalls bemühen, die Ergebnisse des Österreichischen Fremdenverkehrstages 1984 zu einem neuen längerfristigen Fremdenverkehrskonzept zusammenzufassen. Dazu fühle ich mich schon deswegen verpflichtet, da der Fremdenverkehr als Querschnittsmaterie beinahe alle Bereiche des öffentlichen Lebens berührt und gemäß der geltenden österreichischen Bundesverfassung eine Reihe von Aufgabenbereichen in Gesetzgebung und Vollziehung den Bundesländern, viele Aufgaben aber auch den Gemeinden zukommen.

Zu Punkt 4 der Anfrage:

Das Fremdenverkehrsförderungsprogramm 1980 - 1989 des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie ist vom Österreichischen Fremdenverkehrstag 1980 einstimmig verabschiedet worden. Es wäre

- 3 -

im Hinblick auf die seither eingetretenen Veränderungen in diesem Jahre nunmehr zu adaptieren. Der Österreichische Fremdenverkehrstag 1984 wird sich jedoch über meine Einladung im Oktober dieses Jahres in Graz damit beschäftigen, in der beschriebenen Vorgangsweise ein neues Fremdenverkehrskonzept zu erstellen, das wesentlich mehr Bereiche abdeckt als das oben erwähnte Fremdenverkehrsförderungsprogramm.

Zu Punkt 5 der Anfrage:

Wie ich schon ausgeführt habe, kenne ich bisher nur den am 16. März 1984 der Öffentlichkeit vorgestellten Entwurf eines "Tourismuskonzeptes" der SPÖ.

Zu Punkt 6 der Anfrage:

Auf die Antworten zu den Punkten 3, 4 und 5 wird hingewiesen.

Zu den Punkten 7 und 8 der Anfrage:

Ich habe bereits in meiner einleitenden Bemerkung klar zum Ausdruck gebracht, daß es der demokratischen Willensbildung entspricht, daß Mandatare, Funktionäre und Mitglieder politischer Parteien, auch wenn diese der Regierung angehören, ebenso wie jeder Staatsbürger an Konzepten ihrer bzw. einer Partei mitarbeiten. Ebenso muß es ihnen freigestellt sein, solche Konzepte der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Dabei ist selbstverständlich zu beachten, daß sich dies auch aus dem verfassungsmäßig gewährleisteten Recht zur freien Meinungsäußerung ergibt. Ich kann daher in der Mitwirkung des Staatssekretärs Dr. Erich SCHMIDT beim Entwurf eines Fremdenverkehrskonzeptes der SPÖ keine Verletzung der ihm gestellten Aufgabe als Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie erblicken.

